

## Presseinformation

Nr. 291 / 2014

Kiel, Donnerstag, 26. Juni 2014

Finanzen / Lehrerbesoldung

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Christopher Vogt: Ein weiterer Beleg dafür, dass diese Koalition Politik gegen die Gymnasien macht

Zu den neuesten Erkenntnissen im Rahmen des Aktenvorlagebegehrens zur Lehrerbesoldung erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Über einen sehr langen Zeitraum ließ die Landesregierung das Parlament und die Öffentlichkeit darüber im Unklaren, wie es die künftige Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer im Land ausgestalten will. Durch die Aktenvorlage wird jetzt auch klar, warum sich die Landesregierung erst nach der Verabschiedung des Lehrkräftebildungsgesetzes dazu äußern will:

Im zuständigen Bildungsministerium gibt es bereits seit Längerem ganz konkrete Szenarien, wie die Besoldungsstruktur zukünftig aussehen könnte. Bestürzend ist, dass das Ministerium ganz offensichtlich plant, die Gegenfinanzierung ihrer Pläne durch ‚bis zu 750 Herabstufungen von A14-Stellen nach A13 in den Gymnasien und Berufsbildenden Schulen‘ zu gewährleisten (E-Mail von Staatssekretär Dirk Loßack an Ministerpräsident Torsten Albig vom 29. November 2013).

Diese Herabstufung ist aus unserer Sicht eine Zumutung für die Betroffenen und ein weiterer Hinweis dafür, dass diese Koalition ganz bewusst Bildungspolitik gegen die Gymnasien und die Berufsbildenden Schulen macht und diese immer weiter schwächen will. Für die FDP-Fraktion ist klar:

Ohne eine verlässliche Neuregelung der zukünftigen Besoldungsstruktur darf das Lehrkräftebildungsgesetz nicht verabschiedet werden. Diese elementare Frage muss im Zuge der parlamentarischen Beratung von der Landesregierung beantwortet werden. Die Landesregierung will die Lehrer und ihre Verbände und Gewerkschaften vor

vollendete Tatsachen stellen und einer Einheitsbesoldung den Weg ebnen. Diese Salamtaktik zur Abschaffung des differenzierten Schulsystems wird der rot-grün-blauen Koalition der Dialogverweigerer noch gehörig auf die Füße fallen.“